

**CLOSAN**  
WC-Papierbrillen  
beseitigen das  
Unbehagen vor  
fremden Toiletten

WC-Papierbrillen verhindern zuverlässig Kontaktinfektionen und schützen vor Ansteckung und Mikrobenübertragung.

CLOSAN WC-Papierbrillen bewähren sich seit Jahren in Labors, Praxen, Kliniken, Sanatorien, Büros, Verwaltungen, Betrieben, Schulen, Universitäten, Kindergärten, Hotels, Restaurants usw.

Das HYGIENESYSTEM K 100 besteht aus dem CLOSAN SPENDER und den CLOSAN WC-PAPIERBRILLEN K 100.

Der CLOSAN-SPENDER, aus weißem, schlagfestem Kunststoff, gibt jeweils eine WC-Papierbrille frei. Spendergröße 43x28x5 cm. Kompl. mit Befestigungsmaterial.  
Preis per Spender DM 47,50

CLOSAN WC-Papierbrillen K 100, aus weißem, antibakteriellem Spezialpapier, zum Nachfüllen des Spenders. 1 Karton enthält 10 Block à 100 Blatt.  
Preis per Karton DM 47,50

Für Unterwegs, auf Reisen usw. gibt es jetzt CLOSAN MINIPACK. 25 WC-Papierbrillen gefaltet auf 20x14 cm, in einer Plastik-Tasche. Paßt in jede Hand- oder Innentasche. Macht unabhängig von örtlichen Unzulänglichkeiten.  
4 Taschen à 25 Papierbrillen DM 12,-  
Preise ab Werk, zuzüglich 11% MWST.

**CLOSAN**  
Theo Kiesewetter  
med.-techn. Papiere  
D 8630 Coburg  
Postf. 2003, Tel. 09563/8288

## Ist Ihr Schwimmbad undicht?

Mit TROCAL Dichtungsbahnen ist eine sichere und kostengünstige Sanierung auch alter Becken möglich. Unsere Verlegefirmen beraten Sie gern.

### Coupon

- Bitte übersenden Sie mir Fallstudien
- privates Schwimmbad
  - kommunales Schwimmbad
  - Kinderplanschbecken
  - künstliche Seen und Teiche
  - Verarbeiternachweis

**Dynamit Nobel AG**  
Geschäftsbereich Bauwesen  
Verkauf Abdichtung  
Postf. 1209 · Tel.: 02241/852439  
5210 Troisdorf

Name \_\_\_\_\_  
Firma \_\_\_\_\_  
Straße \_\_\_\_\_  
Ort \_\_\_\_\_

## RHODESIEN

### Einfach schrecklich

Je dramatischer sich die Lage der weißen Minderheit zuspitzt, um so mehr überlegen die Briten, was nach einem Machtwechsel mit den Weißen geschehen soll.

Wenn die Guerillas in Rhodesien einmarschieren und die britische Regierung tatenlos zusehen sollte, wie weiße Bürger in Massen ermordet werden“, warnte der konservative Ex-Minister Reginald Maudling, sei eine „Explosion des Ärgers“ in Britannien sicher.

Denn die Mehrheit der 270 000 weißen Rhodesier, die sich der Forderung



Rhodesische Truppen bei der Ausbildung: „Auf dem Weg des Todes“

ihrer knapp sechs Millionen schwarzen Mitbürger nach Gleichberechtigung und politischer Macht widersetzen, obgleich die schwarzen Anrainer-Staaten ihnen nun den Krieg angesagt haben, sind tatsächlich britische Staatsbürger oder aufgrund anderer Rechtstitel auf der Insel einreiseberechtigt.

„Sie haben hier Hunderttausende von Verwandten, stimmberechtigte Angehörige“, sagte ein konservativer Abgeordneter, „und ich kann mir nicht vorstellen, daß die Regierung passiv bleiben kann, wenn das Massenmorden beginnt.“

Schon fordern rechte Parlamentarier wie Julian Amery die Entsendung einer Nato-Interventionstruppe nach Rhodesien. Sein Parteifreund Winston Churchill, ein Enkel des ehemaligen Premiers, will „großzügige Waffenlieferungen“ an die Rhodesier. Amery: „Hier geht es nicht um Rassismus, sondern um sowjetischen Imperialismus“ — nicht zuletzt aber um Kapital.

Englische Unternehmen investierten in der Kolonie, die seit 1923 von Weißen regiert wird und 1965 gegen Londons Widerspruch seine Unabhängigkeit erklärte, etwa 200 bis 300 Millionen Pfund, ein Vermögen, das die Briten bei Übernahme der Macht durch die Schwarzen als Verlust abbuchen müßten. In Südafrika placierten sie mehr als zwei Milliarden Pfund.

Truppen können die Engländer jedoch „zu dieser späten Stunde ihres Abstiegs“ („Daily Telegraph“) weder gegen die weißen Rebellen in Salisbury noch zu deren Schutz einsetzen. Bereits in Nordirland versuchen ihre Soldaten vergebens, Englands glorreiche Vergangenheit zu bewältigen. Jede Kanonenboot-Aktion, der Einsatz von Fallschirmjägern, wie 1956 am Suez etwa, wäre gleichbedeutend mit einem Kol-

laps der britischen Afrika-Politik und dem Abzug afrikanischen Vermögens aus der Londoner City.

Außenminister James Callaghan hat „kaum noch Hoffnung“, den rhodesischen Rebellen-Premier Ian Smith davon überzeugen zu können, daß er sein Land „auf einen Weg des Todes und der Zerstörung führt“. Bis zum „bitteren Ende“, berichtete der konservative Abgeordnete Eldon Griffiths nach einer Rhodesien-Visite, sei die weiße Truppe bereit zu kämpfen. Ian Smith, so Callaghan, „scheint jedoch nicht zu ahnen, wie wenig Zeit er noch hat“.

Die Busch-Briten in Salisbury wollen — falls überhaupt — die Macht in ihrem Rebellensstaat frühestens in einem Jahrzehnt abtreten. Die Briten hingegen fordern Wahlen spätestens in zwei Jahren und das Versprechen der Weißen, sich einem schwarzen Regime nicht zu widersetzen.

Nach dem Rückzug der Portugiesen aus Moçambique und Angola und dem

Aufmarsch der Kubaner an der afrikanischen Südfrent, nach dem Kollaps der Verhandlungen zwischen dem schwarzen Nationalistenführer Joshua Nkomo und Ian Smith im letzten Monat, prophezeite selbst Südafrikas Premier Balthazar Johannes Vorster: „Was jetzt passieren wird, ist einfach schrecklich.“

Den politischen Selbstmord der weißen Rhodesier aber kann England — machtlos wie nie zuvor in der Kolonial-Geschichte — nicht verhindern. Wohl betrachten die Briten Rhodesien noch immer als ihre Kolonie, gleichwohl sehen sie sich „unter keiner Verpflichtung, die weiße Vorherrschaft und ein illegales Regime zu stützen“ (so Staatsminister David Ennals). Die Labour-Regierung will zunächst die nahezu bedingungslose Kapitulation des Rebell-Regimes und erst danach über die Machtübernahme verhandeln.

Dem „pathologischen Lügner“ Ian Smith (so der Labour-Abgeordnete Philip Whitehead) traut James Callaghan nicht: „Auf das, was der sagt, kann man sich nicht verlassen.“

Schwierig ist er jedenfalls. Im Januar 1965 noch hatte Königin Elizabeth nach der Beerdigung Winston Churchills auf Empfehlung Harold Wilsons auch Ian Smith zu einem Empfang in den Buckingham Palace eingeladen. Zehn Monate später wurde der Premier Rebell gegen die Krone. Auf einem Kriegsschiff vor Gibraltar verhandelte der Labour-Chef 1966 mit ihm.

Die Briten hatten Smith die Kabine des Schiffsarztes und des Bordpastors als Quartier anweisen lassen. Seinen Unmut über diese Unterkunft ließ Smith nach London funken. Bei der zweiten Konferenz, zwei Jahre später im Hafen von Gibraltar, überließen die Briten dem Verhandlungspartner dann als Konferenz-Quartier ein ganzes Kriegsschiff.

Nur, Smith — für den Wilson-Intimus Gerald Kaufman „einer der brilliantesten Politiker der Welt“ — kapitulierte nicht. Ein Mitbestimmungsmodell hingegen, das der konservative Außenminister Lord Home 1971 mit Ian Smith ausgehandelt hatte, wurde von der schwarzen Mehrheit als unzureichend abgelehnt.

Die Forderung der Briten, nunmehr nachzugeben, weist Smith trotz zunehmender Guerilla-Aktionen an seinen nicht zu verteidigenden Grenzen und totaler politischer Isolation auch weiterhin ab. Er kann allenfalls auf symbolische Hilfe konservativer Briten hoffen, die sich mit Rhodesiens Weißen verbunden fühlen. Englands Tennis-Star Buster Mottram, 20, ist beispielsweise bereit, in Rhodesien zu spielen und so an der moralischen Aufrüstung der bedrängten Siedler teilzuhaben.

Noch will das Foreign Office offiziell nicht „über die hypothetische Fra-

ge“ nachdenken, was wohl geschehen wird, wenn die Schwarzen die Weißen vertrieben und mehr als 160 000 einreiserechtigte Rhodesier im bankrotten Britannien um Asyl ersuchten: „Die werden in Südafrika siedeln. Daß sie zu uns kommen, ist unwahrscheinlich.“

## ITALIEN

### Tangenten im Turm

**Immer mehr Prominente der italienischen Oberschicht geraten in den Strudel der Lockheed-Affäre.**

Der römische Oberstaatsanwalt Elio D'Giotto konnte aufatmen. Denn endlich sah er Chancen, einen ebenso schwierigen wie brisanten Fall loszuwerden — die Affäre Lockheed.



**Ex-Staatsmanager Crociani**  
Flucht im Privat-Jet

Aus dem fernen Mexiko nämlich hatte der Graf Ovidio Lefebvre d'Ovidio nach Rom geschrieben und versichert: 1970/71, beim Kauf von 14 Lockheed-Flugzeugen des Typs C-130 „Hercules“ durch das italienische Verteidigungsministerium seien „Tangenten“ (Schmiergelder) an den damaligen Minister Mario Tanassi bezahlt worden. Und Lefebvre muß es schließlich wissen — er vermittelte, nebst seinem Bruder Antonio, das Millionen-Geschäft in Rom.

Aufgrund der Vorwürfe gegen Tanassi schob die römische Staatsanwaltschaft den Fall Lockheed an die — in solchen Fällen zuständige — parlamentarische Untersuchungskommission ab. Vergangenen Donnerstag begannen die Kommissare ihre Ermittlungen in diesem wohl größten internationalen Bestechungsskandal der Geschichte (SPIEGEL-Titel 8/1976). In dieser Kommission versandeten freilich schon

Dutzende von Korruptions-Untersuchungen.

Der sozialdemokratische Ex-Verteidigungsminister, wegen seiner US-Sympathien auch „Tanassinger“ genannt, weist den Korruptionsvorwurf natürlich zurück. Außerdem sei der Hercules-Kauf schon von seinem christdemokratischen Amtsvorgänger Gui eingeleitet worden.

Fest steht jedenfalls, daß der US-Konzern fast zwei Millionen Dollar lockermachte, um die Italiener zum Fliegerkauf (Preis: über 60 Millionen Dollar) zu überreden. Die Gelder, so ergaben Recherchen des Washingtoner Senats-Ausschusses unter Frank Church, liefen zumeist über Briefkastenfirmen.

So wurden etwa über die panamaische Firma Tezorefo 1,4 Millionen Dollar als „Zuwendungen an die Partei des Ministers“ nach Rom geschleust, weitere 224 000 Dollar „Zahlung an den Minister“ erfolgten über die italienische Firma Componenti Elettronici (Com. El.). Später erhielt der Minister noch einmal 50 000 Dollar, weil er einen Preisaufschlag für die C-130



**Ex-Verteidigungsminister Tanassi**  
Zuwendungen für Flugzeug-Kauf

akzeptierte. Und 78 000 Dollar gingen als „Kompensation für den früheren Minister und seine Mannschaft“ über das Institut Ikaria in Vaduz.

Hinter den Scheinfirmen verbargen sich Italiener mit erstklassigen Verbindungen zum politisch-industriellen Establishment. Beispiel: Antonio Lefebvre d'Ovidio, Graf von Balsorano di Clunière und Bruder des inzwischen nach Mexiko geflüchteten Tanassi-Denunzianten, gilt als ein guter Freund von Staatspräsident Leone, mit dem er schon mal zusammen urlaubt. Er ist Mitbesitzer etlicher Schiffe und residiert — von einem kurzen Gefängnis-aufenthalt wegen der Lockheed-Affäre abgesehen — in einer römischen